

Schnellbrief

Der Bundesminister der Finanzen
I P 1500 d - 30/51

Bonn, 5. April 1951

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Anfrage Nr. 174 der Abgeordneten
Dr. Wuermeling und Genossen - Nr. 2072
der Drucksachen - betreffend Existenz-
sicherung der Familien der Beamten und
Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Auf die Anfrage Nr. 174 teile ich folgendes mit:

Die Erörterungen des Bundeskabinetts über Art und Ausmaß der Besoldungsaufbesserung für die Beamten sind noch nicht abgeschlossen. In dem Gesetzentwurf, den ich dem Bundeskabinett zugeleitet habe, ist entsprechend dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Ländern und in Übereinstimmung mit der inzwischen abgeschlossenen Tarifvereinbarung über die Angestelltenvergütungen eine Erhöhung der Kinderzuschläge nicht vorgesehen. Ich werde jedoch die Frage der Einbeziehung der Kinderzuschläge in die Besoldungsaufbesserung bei den weiteren Verhandlungen zur Sprache bringen und darf mir vorbehalten, die Anfrage nach Abschluß der Beratungen des Bundeskabinetts endgültig zu beantworten.

Schäffer